



<http://hdr.undp.org>

UNDP Contacts:

New York

Niamh Collier
Tel: +1 212 906 6111
Cell: +1 917 213 0671
niamh.collier@undp.org

Marisol Sanjines
Tel: +1 212 906 6763
Cell: +1 646 201 8036
marisol.sanjines@undp.org

Paris and Geneva

Jean Fabre
Tel: +41 22 917 8542
Cell: +421 908 729 846
jean.fabre@undp.org

Brussels

Paul Van Goethem
Tel: +32-2 505 46 28
Cell: +32 477 52 10 55
paul.vangoethem@undp.be

Copenhagen

Veslemøy Lothe Salvesen
Tel: +45 35 46 71 50
Cell: +45 51 23 28 24
veslemoy.salvesen@undp.dk

Bratislava

Zoran Stevanovic
Tel: +421 2 59337 428
Cell: +421 908 729 846
zoran.stevanovic@undp.org

London

Chandrika Deshpande
Tel: +44 020 7396 5338
Cell: +44 (0) 7957 460 246
chandrika.deshpande@undp.org

Washington

Cara Santos Pianesi
Tel: +1 202 331 9130
Cell: +1 202 262 3381
cara.santos@undp.org

Tokyo

Chisa Mikami
Tel: +81 3 5467 4751
chisa.mikami@undp.org

Bangkok

Cherie Hart
Tel: + 66 8 1 918 1564
cherie.hart@undp.org

Moscow

Tel: +7 (495) 787-2100 (ext.2235)
Cell: +7 916 107-9416
snizhana.kolomiets@undp.org



United Nations
Development
Programme

Das Schreckgespenst der 'Kriege um Wasser' lenkt von dringend nötiger internationaler Kooperation ab

Konflikte um Wasser sind weniger verbreitet, es überwiegt die Zusammenarbeit – und die ist nötiger denn je, heißt es im Bericht über die menschliche Entwicklung 2006.

Kapstadt, 9. November 2006 – Der neu vorgestellte Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 2006 stellt Prognosen in Frage, wonach der zunehmende Konkurrenzkampf um Wasserressourcen zwangsläufig zu bewaffneten Konflikten führen wird. Der Bericht stellt fest, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Wasserbereich bereits sehr viel verbreiteter und erfolgreicher ist, als allgemein angenommen, und dass sie viele Modelle zur Lösung künftiger internationaler Streitigkeiten um Wasser bieten kann.

Neunzig Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, die sich ihre Wasserquellen mit anderen Ländern teilen. Doch der neue Bericht mit dem Titel „**Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise**“ macht deutlich, dass diese gegenseitigen Abhängigkeiten zwar zu politischen Spannungen zwischen den Ländern führen können, dass aber tatsächlich die meisten gemeinsamen Wasserressourcen durch grenzübergreifende Arrangements und Diplomatie friedlich bewirtschaftet werden.

In den vergangenen 50 Jahren gab es 37 dokumentierte Fälle, in denen bei Wasserdisputen zwischen Staaten Gewalt angewendet wurde – alle dieser Zwischenfälle bis auf sieben fanden im Nahen Osten statt. Doch zeitgleich wurden immerhin über 200 zwischenstaatliche Wasserabkommen ausgehandelt, heißt es in dem Bericht.

Und Indien und Pakistan bewirtschaften trotz zweier Grenzkriege und anhaltender geopolitischer Spannungen bereits seit einem halben Jahrhundert durch die Ständige Indus-Wasserkommission gemeinsam Wassereinzugsgebiete.

Vor diesem Hintergrund ist der Bedarf an mehr internationaler Zusammenarbeit zur Sicherung der Wasserversorgung für die Armen deutlicher als je zuvor. Denn im Jahr 2025 könnten mehr als drei Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserknappheit leben. Der „falsche Alarm“ bezüglich sich abzeichnender Kriege um Wasser lenkt nur von der tatsächlichen Bedrohung ab, den die globale Wasserkrise für die menschliche Entwicklung darstellt – eine Bedrohung, die ihre Wurzeln in der Verteilung von Macht, Armut und Ungleichheit hat, betonen die Autoren.

„Die Bewirtschaftung gemeinsam genutzter Gewässer kann eine Triebkraft sowohl für Frieden als auch für Konflikte sein. Doch welcher Pfad beschritten wird, entscheidet letztlich die Politik“, sagt Kevin Watkins, Hauptautor des Berichts.

Der zukünftige Weg

Der Bericht identifiziert zwei allgemeine Ziele eines grenzüberschreitenden Wassermanagements: den Übergang von einseitigen Maßnahmen zu multilateraler Kooperation und dass menschliche Entwicklung, nicht Macht und Politik, in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden müssen. Diese Ziele zu erreichen, erfordert eine Abkehr von empfundenen Zwängen und Ansprüchen im Zusammenhang mit der nationalen Souveränität, eine Stärkung der politischen Führungsrolle und eine gleichmäßigere Machtverteilung, heißt es in dem Bericht. Es wird empfohlen, die folgenden Bereiche stärker zu betonen:

Mehr politische Verhandlungen, um Vertrauen zu schaffen und die Legitimation zu verbessern: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Wasser hängt von der Bereitschaft der Anliegerstaaten zum gemeinsamen Management ab. Hier kann internationale Unterstützung dazu beitragen, ein Umfeld für erfolgreiche Kooperation zu schaffen, sagen die Autoren.

- **Bewertung des Bedarfs an menschlicher Entwicklung und Identifizierung potenzieller beiderseitiger Vorteile:** Politische Entscheidungsträger sollten die gemeinsamen Ziele menschlicher Entwicklung auf der Ebene der Flusseinzugsgebiete identifizieren – zur Minderung der Armut, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Risikomanagement – und sollten diese Ziele zu einem integralen Bestandteil ihrer Planung für Flusseinzugsgebiete machen.
- **Mehr Unterstützung der Organisationen für Flusseinzugsgebiete, einschließlich der Erweiterung ihrer Aufgaben und der Stärkung ihrer Kapazitäten zur Durchsetzung von Verträgen:** Mit fortschreitender Kooperation in den Flusseinzugsgebieten müssen auch politische Entscheidungsträger mehr Ehrgeiz entwickeln. Die Europäische Union mit ihren umfangreichen Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden Gewässerbewirtschaftung könnte in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die institutionelle Entwicklung in armen Ländern wesentlich stärker unterstützen, heißt es in dem Bericht.
- **Mehr Finanzierung grenzüberschreitender Gewässerbewirtschaftung:** Von den Gesamtentwicklungshilfeausgaben für die Wasser- und Sanitärversorgung in Höhe von etwa 3,5 Milliarden US-Dollar entfallen weniger als 350 Millionen Dollar auf grenzüberschreitende Wasserressourcen. In dem Bericht heißt es, dass die Geber eine substanzielle Aufstockung der Entwicklungshilfemittel für grenzüberschreitende Gewässer anstreben sollten. Doch um die Identifikation und Eigenverantwortung der Anliegerstaaten zu gewährleisten, müssen diese einen substanziellen Teil der Kosten selbst tragen.

Warum gibt es Spannungen um Wasser?

Wasser kann einem Land buchstäblich „entrinnen“: Flüsse, Seen und Grundwasserleiter überqueren politische Grenzen ohne Reisepass oder Dokumente. 145 Länder haben Anteil an so genannten grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten – einschließlich Seen und flachen Grundwasserleitern –, die benachbarte Länder sich teilen. Vor allem wegen des Zusammenbruchs der früheren Sowjetunion und des ehemaligen Jugoslawien hat die Zahl der grenzüberschreitenden Gewässer zugenommen. 1978 gab es 214 internationale Wassereinzugsgebiete, heute sind es 263.

Wasser, das man mit anderen teilen muss, birgt immer Konkurrenzpotenzial. Dies spiegelt sich sogar in der deutschen Sprache wider: Das Wort Rivale kommt vom lateinischen *rivalis*, was jemanden bezeichnet, der denselben Fluss nutzt wie ein anderer. Die Probleme beginnen, wenn Wasser – aus Flüssen, Seen, Grundwasserleitern oder Feuchtgebieten – nicht ordentlich bewirtschaftet wird. Zwar verfügen die meisten Länder über institutionelle Regeln und Richtlinien zur Allokation von Wasser und zur Lösung von Streitigkeiten innerhalb ihrer Grenzen, doch die grenzübergreifenden Mechanismen sind sehr viel schwächer ausgeprägt, und die Kombination aus Wasserknappheit und schwachen Institutionen birgt ein echtes Konfliktrisiko.

Der Nahe Osten

Nirgendwo wird dies deutlicher als in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die palästinensische Bevölkerung ist halb so groß wie die israelische, verbraucht aber nur 10 bis 15 Prozent so viel Wasser. Die israelischen Siedler in der West Bank verbrauchen im Durchschnitt pro Kopf etwa neun Mal so viel Wasser wie die Palästinenser. Die Palästinenser sind mehr als die meisten anderen Menschen auf der Welt von extremer Wasserknappheit betroffen.

Dazu tragen sowohl die eingeschränkte physische Verfügbarkeit als auch die politischen Rahmenbedingungen bei. Die Wasserknappheit beeinträchtigt die Nahrungsmittelproduktion und die Lebensgrundlagen der Bauern und ist auch ein Grund für empfundene Ungerechtigkeiten, weil die geltenden Regelungen für die Wassernutzung den ungleich verteilten Zugang zu gemeinsamen Grundwasserleitern zementieren.

Doch das müsste nicht so sein. Durch bessere Zusammenarbeit ließe sich das Problem lösen, wie Beispiele aus anderen Regionen zeigen. Zum Beispiel unterzeichneten Israel und Jordanien im Jahr 1994 eine Vereinbarung, die es Jordanien ermöglicht, Winterabflüsse im israelischen See Tiberias zu speichern. Die Vereinbarung erlaubt Israel, eine festgelegte Anzahl Brunnen von Jordanien zu pachten, um Wasser für landwirtschaftliche Zwecke zu entnehmen.

Was die Vereinbarung jedoch nicht berücksichtigt hatte, war die schlimmste Dürre seit Beginn der Aufzeichnungen, die Anfang 1999 zu Spannungen führte, weil Jordanien weniger Wasser erhielt. Das Abkommen selbst blieb jedoch intakt – ein Ergebnis, das die Kooperationsbereitschaft beider Seiten belegt.

So wie die Wasservereinbarung zwischen Israel und Jordanien Teil des zwischen den beiden Ländern 1994 geschlossenen Friedensabkommens war, so müsste eine endgültige politische Lösung zwischen Israel und den

besetzten palästinensischen Gebieten ebenfalls eine Vereinbarung über die gemeinsamen Wasserressourcen beinhalten, meinen die HDR-Autoren.

Wasserknappheit ist ein akutes Problem im gesamten Nahen Osten. Der Bericht weist darauf hin, dass nur der Iran und der Irak sich oberhalb der Schwelle für Wasserknappheit befinden. 90 Prozent der Bevölkerung im Nahen Osten und in Nordafrika werden im Jahr 2025 in Ländern mit Wasserknappheit leben. Doch diese aride Region ist bei weitem nicht die einzige, die gerechte Lösungen für ihre Wasserprobleme finden muss.

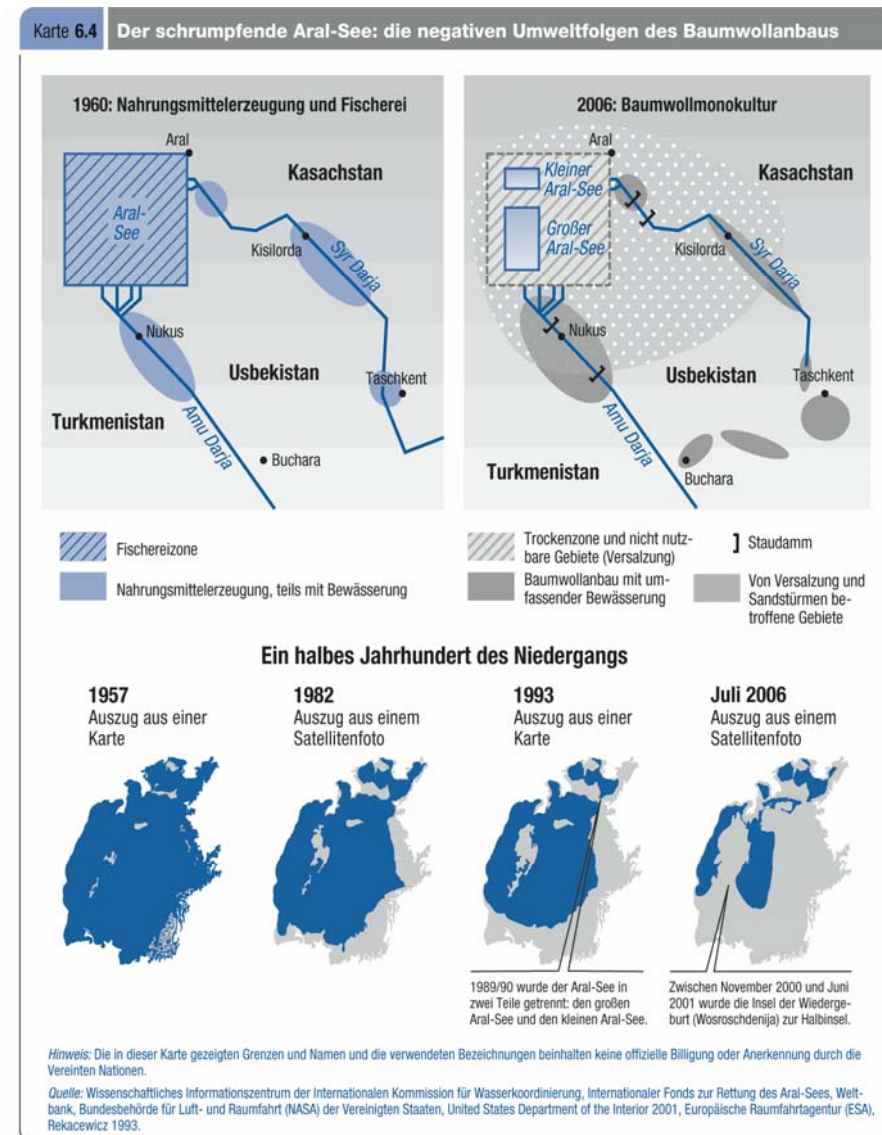
Der Aral-See

Für Länder wie Bangladesch, das 91 Prozent seines Wassers zur landwirtschaftlichen Bewässerung und zur Wiederauffüllung seiner Grundwasserleiter aus Indien bezieht, ist grenzüberschreitende Kooperation dringend geboten. In anderen Fällen wurde viel zu spät erkannt, dass es nötig ist, zu kooperieren – zum Beispiel im Fall des Aral-Sees in Zentralasien.

Am Aral-See zeugt eine der sichtbarsten Umweltkatastrophen der Welt von den Kosten mangelnder Kooperation bei der Bewirtschaftung internationaler Wasserressourcen. Der Aral-See war einst der viertgrößte See der Welt. Die Umleitung von Wasser für den Baumwollanbau durch ein ineffizientes Bewässerungssystem schnitt dem See ein halbes Jahrhundert lang die Zuflüsse ab. In den 1990er Jahren erhielt er nur noch ein Zehntel der früheren Wassermenge – und bisweilen gar kein Wasser mehr.

Auch nach Erlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion arbeiteten die neuen Republiken nicht wirksam zusammen. Sie fuhren fort, konkurrierende Programme zur Ausweitung der Bewässerung umzusetzen, ohne deren Auswirkungen flussabwärts zu berücksichtigen. Der Niedergang des Sees ist eine soziale und ökologische Katastrophe.

Die Baumwollerträge sind seit Anfang der 1990er Jahre um ein Fünftel zurückgegangen und der Verlust von vier Fünftel aller Fischarten hat die einst blühende Fischereiindustrie in den Unterliegerprovinzen ruiniert. Die Einwohner von Kisolorda in Kasachstan, Daschoguz in Turkmenistan und Karakalpakstan in Usbekistan erhalten Wasser, das mit Düngemitteln und Chemikalien verunreinigt ist und weder



als Trinkwasser noch für die Landwirtschaft taugt. Die Säuglingssterblichkeit hat in einigen Regionen 100 pro 1.000 Lebendgeburten erreicht und ist damit höher als im Durchschnitt in Südasien. Etwa 70 Prozent der 1,1 Millionen Einwohner von Karakalpakstan leiden unter chronischen Krankheiten wie Atemwegserkrankungen, Typhus, Hepatitis und Speiseröhrenkarzinomen.

Das Beispiel des Aral-Sees zeigt besonders anschaulich die Folgen mangelnder Kooperation. Es macht deutlich, wie durch die Art und Weise, in der ein Oberliegerstaat das Wasser nutzt, die Umwelt und die Wasserqualität der Unterliegerstaaten beeinflusst wird, und dass das Zurückhalten von Wasser in einem Land am Oberlauf zur Bewässerung oder Stromerzeugung die Abflüsse für die Bauern und die Umwelt am Unterlauf verringert.

Der Bericht stellt jedoch eine ermutigende Entwicklung fest, die die potenziellen Wirkungen rationaler Kooperation veranschaulicht. Einige Nationen am Aral-See haben in den vergangenen Jahren begonnen, einige der Schäden wieder

rückgängig zu machen: durch Schutz der Einzugsgebiete und durch Kontrolle der Entwässerung des Aral-Sees durch neue Dämme und Kanäle, mit dem Ergebnis, dass der Wasserspiegel zum ersten Mal seit einer Generation wieder steigt.

Nach Ansicht der Autoren gibt es vier Haupthindernisse für eine grenzüberschreitende Kooperation im Wasserbereich: Konkurrierende Ansprüche und empfundene Zwänge im Zusammenhang mit der nationalen Souveränität; politische Führungsschwäche und mangelnde Weitsicht; asymmetrische Machtverteilung und die Nichtteilnahme an internationalen Initiativen für Wassereinzugsgebiete. Jedes dieser Hindernisse muss angegangen werden, um Konflikte abzuwenden, um die Umweltschäden zu begrenzen und um sicherzustellen, dass gemeinsame Wasserressourcen zum bestmöglichen Nutzen für die menschliche Entwicklung eingesetzt werden.

Argumente für mehr Zusammenarbeit

Theoretisch besteht der optimale Ansatz für eine effektive grenzüberschreitende Gewässerbewirtschaftung darin, dass die Länder entsprechend ihrer komparativen Vorteile bei der Wassernutzung mit landwirtschaftlichen Ressourcen, Wasserkraft und anderen Dienstleistungen Handel treiben. Um ein offensichtliches Beispiel zu nennen: Die Stromerzeugung aus Wasserkraft ist an oberen Flussabschnitten im Gebirge, wo das Wasser mit größerem Gefälle herabfließt, kostengünstiger, während in Tälern und Ebenen die Bewässerung bessere Resultate erbringt. Strom aus Wasserkraft gegen Agrarerzeugnisse zu handeln ist eine Möglichkeit, diesen komparativen Vorteil zu nutzen.

Allerdings gibt es in der Praxis in den meisten Flusseinzugsgebieten keine Institutionen zur Beilegung von Differenzen und zur Koordinierung der gemeinsamen Ressourcennutzung, und Faktoren wie Vertrauen und strategische Überlegungen spielen in der Regierungspolitik eine große Rolle.

Der potenzielle Nutzen durch internationales Wasserressourcenmanagement ist riesig. Zum Beispiel beendeten Brasilien und Paraguay einen hundertjährigen Grenzkonflikt durch Unterzeichnung des Itaipu-Übereinkommens. Der Itaipu-Staudamm, der im Wesentlichen durch Investitionen der öffentlichen Hand in Brasilien finanziert wurde, ist eines der größten Wasserkraftwerke der Welt. Das Kraftwerk deckt ein Viertel des Stromverbrauchs in Brasilien und stützt eine Industrie, die heute Paraguays wichtigste Deviseneinnahmequelle ist.

Ein weiteres Beispiel kommt aus dem südlichen Afrika, wo die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika einen Kooperationsprozess bezüglich der 15 grenzüberschreitenden Flüsse der Region angestoßen hat. Dabei geht es vor allem um die Sammlung von Informationen und die Entwicklung der Infrastruktur zur Verbesserung der Energie- und Ernährungssicherheit schwacher Bevölkerungsgruppen, bei gleichzeitiger Ausweitung von Programmen zur Wasserversorgung kleiner Grenzstädte und -dörfer und der Stärkung der Kapazitäten von Organisationen in Wassereinzugsgebieten, um die Wasserqualität und den Zugang zu Wasser zu sichern.

Schon immer war die Zusammenarbeit in Bezug auf gemeinsame Wasserressourcen die Regel, nicht die Ausnahme. Der HDR 2006 argumentiert, dass heute, wo mehr Menschen als je zuvor um Ressourcen konkurrieren, ehrgeizigere und weniger zersplitterte Ansätze zum Wassermanagement im Interesse der langfristigen Sicherheit aller sind.

* * * *

FILMMATERIAL ZUM HDR 2006 ist – unter Einhaltung der Sperrfrist - ab Mittwoch, den 1. November unter <http://hdr.undp.org/hdr2006/media> verfügbar. Bei Rückfragen zu Fernsehbeiträgen wenden Sie sich bitte an Boaz Paldi, boaz.paldi@undp.org, +1 917 213 7520.

ÜBER DIESEN BERICHT: Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* bietet einen Rahmen für Debatten über einige der dringendsten Herausforderungen der Menschheit. Es ist ein unabhängiger Bericht, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Auftrag gegeben wird. Der Hauptautor des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2006* ist Kevin Watkins. Ferner beinhaltet der Bericht Sonderbeiträge von Gordon Brown, Ngozi Okonjo-Iweala, Präsident Lula, Präsident Carter und UN-Generalsekretär Kofi Annan. Der Bericht wird in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt und jedes Jahr in mehr als 100 Ländern präsentiert. Weitere Informationen finden Sie auf der Website <http://hdr.undp.org/hdr2006>.

Der Human Development Report 2006 in englischer Sprache ist im Verlag Palgrave Macmillan erschienen.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) ist das weltweite Entwicklungsnetzwerk der Vereinten Nationen. Es will Menschen helfen, ihrem Bedarf an Entwicklung zu entsprechen und sich ein besseres Leben aufzubauen. Wir sind in 166 Ländern vertreten und arbeiten mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft verlässlich zusammen, um diesen bei der Ausarbeitung eigener Lösungen für globale und nationale entwicklungspolitische Herausforderungen zu helfen. Weitere Informationen über UNDP finden Sie auf der Website: <http://www.undp.org>

Kontaktperson in Deutschland:

Michael Adrian, Tel: (02224) 5589, Fax: (02224) 5429, michael.adrian@horlemann-verlag.de

Der Bericht über die menschliche Entwicklung erscheint in deutscher Sprache und wird herausgegeben von der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN (DGVN),
Zimmerstraße 26/27, D-10969 Berlin, Telefon: (030) 259375-0, Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de, Internet: www.dgvn.de

Der Bericht ist zu beziehen über den
UNO-Verlag Vertriebs- und Verlags-GmbH, August-Bebel-Allee 6, D-53175 Bonn,
Telefon: (0228) 94902-0, Telefax: (0228) 94902-22, E-Mail: info@uno-verlag.de, Internet: www.uno-verlag.de